

SVP-Klartext

Die Zeitung der Schweizerischen Volkspartei

Rütli

3

Im Falle eines EU-Beitritts braucht es einen neuen Rütli-Bund.



Zuwanderung

8

Die Einwanderung muss wieder eigenständig steuerbar sein.



Ständerat

12

Der Ständerat lehnt den Rückzug des EU-Beitrittsgesuchs ab.



Für Ihre Drucksachen



Zofinger Tagblatt AG

Medien- und Printunternehmen

Zofinger Tagblatt AG, 4800 Zofingen
Tel. 062 745 93 93, www.ztonline.ch

Kein Agrarfrei- handel mit der EU

Der Nationalrat hiess gleich drei Motionen gut, die den Agrarfreihandel mit der EU verhindern. Urheber des wichtigsten Vorstosses, der den vollständigen Abbruch der Verhandlungen fordert, ist SVP-Nationalrat Rudolf Joder. Sofern der Ständerat dem Nationalrat folgt, wird es kein Agrarfreihandelsabkommen mit der EU geben.

Für die SVP ist dies ein erster Schritt in die richtige Richtung. Doch es braucht noch mehr: Der EU ist mitzuteilen, dass die Schweiz die Souveränität wahren will und deshalb keine institutionellen Bindungen eingeht und auch keine fremden Richter anerkennt. So ist neben dem Agrarfreihandel auch jede Verhandlung über eine institutionelle Integration abzubrechen.

Die SVP ist heute die einzige Partei, die konsequent gegen einen EU-Beitritt ist und die Probleme mit der Personenfreizügigkeit und mit Schengen beim Namen nennt. Die anderen Parteien ziehen auch im Wahljahr weiter in Richtung EU. Zwar behaupten die Mitte-Parteien im Wahlkampf,

sie hätten das Ziel eines EU-Beitrittes fallen gelassen. Geht es indes um den Tatbeweis, tun sie das Gegenteil, indem sie beispielsweise den Rückzug des EU-Beitrittsgesuches sowohl im Ständerat als auch im National-

rat erneut abgelehnt haben. Die Mitte-Parteien wollen also weiterhin in die EU. Doch erst nach den Wahlen werden sie wieder ihr wahres Gesicht zeigen und die Ver-

handlungen mit der EU zur zwingenden Übernahme von EU-Recht vorantreiben.

Der Abbruch des Agrarfreihandels ist ein erster Schritt auf einem langen Weg, auf welchem sich jedoch leider nur die SVP vehement gegen eine Integration in die EU einsetzt.





Die SVP als verlässliche Kraft

Die Volksrechte werden von Bundesrat und Parlament immer häufiger missachtet. Es ist absehbar, dass die von Volk und Ständen angenommene Ausschaffungsinitiative der SVP nicht gemäss dem Volkswillen umgesetzt wird. Die Experten des Bundes wollen den abgelehnten Gegenentwurf von Bundesrat und Parlament durch die Hintertüre als Umsetzung der Initiative „verkaufen“. Einmal mehr soll der Bürger für dumm verkauft werden. Die SVP wird nicht zulassen, dass die neue Verfassungsbestimmung nicht korrekt umgesetzt wird. Am liebsten möchte der Bundesrat, dass ihm nicht genehme Volksinitiativen in Zukunft gar nicht mehr dem Volk unterbreitet werden oder diese mindestens mit einem „Warnhinweis“ zu versehen sind. Mit dem Verweis auf internationales Recht soll das Parlament nach dem Willen des Bundesrates die Volksrechte einschränken.

Auch das Parlament kümmert sich nicht darum, was das Volk will. Obwohl eine grosse Mehrheit der Schweizer Bevölkerung keinen EU-Beitritt will, hat das Parlament in der

vergangenen Sommersession die Forderung der SVP nach einem Rückzug des EU-Beitritts gesuchs erneut abgelehnt. CVP und FDP werden nicht müde zu betonen, auch sie seien gegen einen EU-Beitritt. Doch den Tatbeweis bleiben sie schuldig. Bis zu den Wahlen versucht man nicht über die Europapolitik zu sprechen, nach den Wahlen werden alle anderen Parteien die Schweiz wieder unter dem Deckmantel eines „gesamtheitlichen, koordinierten Ansatzes (GKA)“ institutionell an die EU binden wollen. Dies hiesse in Zukunft die zwingende Übernahme von EU-Recht, was faktisch sogar über den seinerzeit vom Volk abgelehnten EWR-Beitritt hinausginge.

Verlässlichkeit ist in der Politik ein seltenes Gut geworden. Die SVP steht diesbezüglich weitgehend alleine da. Als jüngste Beispiele seien etwa die wankelmütige Haltung der CVP in Sachen Agrarfreihandel, die Nicht-Positionierung der FDP in der Energiefrage oder die Abwahl des Bundesanwaltes erwähnt, wo sich sämtliche Parteien ausser der SVP hinter die Wiederwahl des Bundesanwaltes gestellt haben

und ihn dann trotzdem heimlich nicht gewählt haben. Diese Beispiele veranschaulichen, dass jene politischen Kräfte zu stärken sind, die berechenbar, verlässlich und gradlinig politisieren. Die SVP ist heute die einzige Partei, die mit offenem Visier kämpft, auch unangenehme und unpopuläre Positionen vertritt, an Tabus rüttelt und klipp und klar Position bezieht. Das Fundament unserer Politik ist ein Parteiprogramm, das auch nach den Wahlen noch Gültigkeit haben wird. Daher muss mit aller Kraft ein Erfolg bei den eidgenössischen Wahlen vom 23. Oktober 2011 erzielt werden. Nur so halten in Bundesbern wieder Vertrauen und Verlässlichkeit Einzug.

Toni Brunner
Präsident SVP Schweiz



Erholung im Toggenburg - schönes Wandergebiet

Urgemütliche Gaststube - Saal für Gesellschaften - Einfache Zimmer für Übernachtungen

Öffnungszeiten: Dienstag ab 14 Uhr bis Sonntagabend 18 Uhr. Montag ganzer Tag geschlossen.

Kontakt: Telefon 071 993 10 01 - info@hausderfreiheit.ch - www.hausderfreiheit.ch
Wintersberg, 9642 Ebnat-Kappel/SG

Anfahrt: Von Wattwil kommend Umfahrungsstrasse Ebnat-Kappel benutzen, vor Krummenau links Richtung Bendel/Hemberg/Wintersberg abbiegen. Ca. 2 km bergwärts fahren.

Kaderrapport der SVP auf dem Rütli

Die SVP-Parteispitze hat sich am 27. Mai mit dem Kader der SVP auf dem Rütli getroffen. Das Rütli ist für alle Schweizerinnen und Schweizer mit der Gründungsgeschichte der Schweiz verbunden. Hier wurde 1291 der Bund der Eidgenossen geschlossen. Diese kleine Wiese hat eine grosse Botschaft: Wir wollen frei über unsere Geschicke bestimmen. Freiheit heisst Selbstbestimmung. Dafür sind unsere Vorfahren eingestanden - mit ihrem Mut und notfalls auch mit ihrem Leben.

Das Rütli ist der Ort, an dem die meisten Bürger wenigstens einmal in ihrer Schulzeit dem Bund der Eidgenossen von 1291 gedachten. Die bescheidene, aber symbolträchtige Rütli-Wiese als Nationaleigentum zeigt den Gegensatz zu den umliegenden Ländern, in denen den Königen und Grossen gedenkende Monumentalbauten stehen. Das Rütli steht für Freiheit und damit Selbstbestimmung. 1860 schenkte die Gemeinnützige Gesellschaft der Schweiz (SGG) das Rütli der Schweizerischen Eidgenossenschaft als „unveräusserliches Nationaleigentum“. In einem Schreiben der SGG an den Bundesrat vom 16. März 1860 steht: „Wir bitten Sie demnach, das Geschenk, welches wir im Namen des ganzen Volkes bieten, anzunehmen und dem Rütli ein treuer Hüter zu sein, dass es bis in die fernsten Zeiten ein reines und bescheidenes Denkmal unserer Freiheit bleibe.“

Die SVP hat ihr Kader am 27. Mai auf dem Rütli zu einem Rapport versammelt. Nebst dem Historiker Peter Keller, der die Bedeutung des Bundesbriefes darlegte (siehe Seite 4 und 5), sprach Bundesrat Ueli Maurer über die Geschichte und die Kraft von General Guisan im Zweiten Weltkrieg und Parteipräsident Toni Brunner rief das Kader der SVP auf, ohne Wenn und Aber

für die Schweiz einzustehen.

In der Schweiz ist der Bürger der Souverän. Der Volkswille gilt - und nicht die Wünsche und Begehlichkeiten von Politikern, Beamten und Funktionären. Die Europäische Union ist das Gegenteil vom Prinzip Rütli. Wir Schweizerinnen und Schweizer müssen uns auf den äussersten Fall vorbe-

ihnen aufgefordert, die dafür nötigen Mittel und Wege abzuklären. Die alten Eidgenossen mussten ihre Freiheit gegen eine vermeintliche Übermacht erretzen. Die Eidgenossen von heute werden es ihnen gleichtun.

Auf dem Internetportal schreibt die Gemeinnützige Gesellschaft der Schweiz (SGG) zum Zweck der Rütli-Website:

„Hier soll ein Austausch über unser Land und seine Werte stattfinden“. Selbstherrlich bestimmt die SGG jedoch, dass politische Parteien generell auf dem Rütli nicht willkommen seien. Dies steht zwar nicht in der Benutzungsordnung der SGG, es handle sich dabei allerdings um eine „ständige, jahrzehntealte Praxis“. Es ist an der Zeit,



reiten: **Wenn die Schweiz ihre Souveränität aufgibt, braucht es einen neuen Rütli-Bund. Eine Schweiz in der EU ist keine Schweiz mehr.**

Vertreter der SVP-Waldstätter-Kantone haben sich deshalb auf dem Rütli verpflichtet, dass sie im Falle eines Beitritts der Schweiz in die EU die Bildung einer neuen Eidgenossenschaft an die Hand nehmen. Die SVP Schweiz wurde von

dass sich die SGG ihrer eigenen Wurzeln erinnert und anerkennt, dass die Freiheit das höchste Gut ist und vom Bürger als Souverän getragen wird.

Die SVP findet es an der Zeit, dass diese selbstherrliche Praxis geändert wird. Politische Parteien sollen im Rahmen von kleinen parteiinternen Anlässen auf dem Rütli keine Bewilligung brauchen, nur für grössere öffentliche Anlässe soll ein Gesuch gestellt werden müssen.

4 Bundesbrief

Ein kleiner Brief mit grosser Wirkung

Politik heisst Verantwortung übernehmen im Kleinen. Dieser Gedanke liegt dem Bundesbrief von 1291 zu Grunde. Die Urkunde ist Teil einer Kettenreaktion, aus der schliesslich die Schweiz entstand. Unser Land hat keine exakte Geburtsstunde. Die Schweiz ist gewachsen. Von unten nach oben. So wie das Gras wächst auf dem Rütli dank den Kühen und dem Naturdünger, den sie hinterlassen.



von Peter Keller, Historiker und Redaktor der Weltwoche

Die Rütli-Wiese hat schon grosse Geister inspiriert. Allen voran den deutschen Dichter Friedrich Schiller. In seinem Stück Wilhelm Tell ist eine berühmte Regieanweisung zu finden, worin er festhält, wie das Bühnenbild auszusehen hat und welche Stimmung es vermitteln soll. „Eine Wiese von hohen Felsen und Wald umgeben. (...) Im Hintergrund zeigt sich der See, über welchem anfangs ein Mondregenbogen zu sehen ist. (...) Es ist völlig Nacht auf der Szene, nur der See und die weissen Gletscher leuchten im Mondlicht.“ So hat ein romantisch veranlagter Deutscher das Rütli beschrieben, der persönlich nie am Vierwaldstättersee war. Ein eher nüchtern veranlagter Schweizer Parteipräsident kürzte die poetische Beschreibung Schillers etwas ab. Er sagte 2007: „Rütli? Das ist eine Wiese mit Kuhfladen.“

Weder national noch heilig

Dieser Satz hat damals für erstaunliche Empörung gesorgt. Unser Nationalheiligtum sei nicht mehr als eine Wiese mit Kuhdreck? Manche fühlten sich regelrecht beleidigt. Aber nur jene, die nichts vom Rütli begriffen haben, nichts vom Bundesbrief und nichts vom Wesen unserer Eidgenos-

senschaft.

Unser Nationalheiligtum ist eben weder national noch heilig. Das Rütli ist in Wahrheit ein Gebrauchsgegenstand. Und wofür werden Wiesen gebraucht? Zum Weiden der Kühe. Mit allen Begleiterscheinungen. In welchem Land dürfen Sie schon das Nationalheiligtum zu einem Picknickplatz umfunktionieren und einen Cervelat über dem offenen Feuer braten? Nur in der Schweiz. Wir tun deshalb gut daran, diesen volksnahen Geist des Rütlis zu wahren. Auch gegen die selbsternannten Wächter dieser Wiese. Es freut mich deshalb besonders, dass die SVP Schweiz dem Rütli die Ehre erwies und dass auch jener Parteipräsident von 2007 beim Kaderraport am 27. Mai 2011 auf dem Rütli dabei war – wenn auch nur noch in der Funktion eines Bundesrates: Der VBS-Vorsteher Ueli Maurer.

Ich will hier jedoch nicht über das Rütli und über Kuhfladen philosophieren. Sondern über die Bedeutung des Bundesbriefes von 1291. Wobei tatsächlich eine innere Verbindung besteht zwischen dieser Wiese und dem Bundesbrief: Denn auch er ist, genau betrachtet, ein Gebrauchsgegenstand. Die Urkunde stammt von Anfang August 1291. Der Zeitpunkt ist wichtig. Denn kurz zuvor, am 15. Juli, verstarb der deutsche König Rudolf I. Noch ist unklar, wem es gelingt, die Macht im Reich zu übernehmen. Und die herrschenden Landleute der Talschaften Uri, Schwyz und Unterwalden tun, was umsichtige Führer in einem solchen Moment tun sollten: Sie sorgen vor. Sie schaffen Rechtssicherheit.

Denn es droht Anarchie. So wird in diesem Bundesbrief festgehalten, was zu tun ist bei Mord, bei Brandfällen, bei Geld- und anderen Streitereien. Das sind Fragen des Zivil- und des Strafrechts. Langweilig, aber nötig. Der Bundesbrief kümmert sich um den Alltag der Menschen. Völlig unspektakulär. Wiese mit Kuhfladen. Urkunde mit Buchstaben. Das ist das Gegenteil von pompös. Das Gegenteil von Schloss Versailles, von Triumphbogen und Champs Elysées.

Gegen die „Arglist der Zeit“

Ich kann mich noch gut erinnern, wie ich als Schüler erstmals vor der Vitrine mit dem Bundesbrief in Schwyz stand. Mit klopfendem Herzen bin ich die Stufen im Archiv hinaufgestiegen – und dann dieses winzige Schriftstück. Völlig schmucklos. Nicht viel grösser als eine A-4-Seite. Erst später ist mir klar geworden, dass die Grösse des Bundesbriefes in seiner Nicht-Grösse liegt. Dass unsere Vorfahren es geschafft haben, auf einer einzigen Seite die wichtigsten Fragen zu klären. Nur zum Vergleich: Die vorliegende Botschaft des Bundesrates zur Agrarpolitik 2014-2017 umfasst 298 Seiten. Da ist ein Bauer mindestens zwei Wochen lang beschäftigt, bis er überhaupt weiss, wie er nach dem Willen der Agrarbürokraten seinen Landwirtschaftsbetrieb führen soll.

Nicht so der Bundesbrief. Er begnügt sich mit 17 Zeilen auf 32 mal 20 Zentimetern. Der Bundesbrief ist ein Gebrauchsgegenstand, aber mit Nebenwirkungen. Denn die Talschaften geloben einander auch Beistand „im

Hinblick auf die Arglis der Zeit“. Wir haben es mit einem Schutzbündnis zu tun, „innerhalb ihrer Täler“, wie es heisst, „und ausserhalb“. Gegen alle, „die ihnen oder jemand aus ihnen Gewalt oder Unrecht an Leib oder Gut antun“. Unrecht verhindern, ist das eine. Unrecht ahnden, das andere. Und hier stossen wir in den Kern des Bundesbriefes vor: „Wir haben auch einhellig gelobt und festgesetzt, dass wir in den Tälern durchaus keinen Richter, der das Amt irgendwie um Geld oder Geldeswert erworben hat oder nicht unser Einwohner oder Landmann ist, annehmen sollen.“ Mit anderen Worten: Wir dulden keine fremden Richter. Und



Das SVP-Kader auf dem Rütli.

keine Richter, die ihr Amt gekauft haben. Und die Richter im Mittelalter sind immer gleichzeitig auch die Herrschenden. Man duldet also auch keine fremden Herren im Land.

Die Bedeutung klärt sich rückwirkend. Nun haben viele Professoren ganze Aufsätze darüber geschrieben, wie unbedeutend der Bundesbrief sei. Das sehe ich als ein gutes Zeichen. Immer wenn Intellektuelle keinen Aufwand scheuen, eine Sache für unbedeutend zu erklären, steckt mehr dahinter. Der Historiker Roger Sablonier veröffentlichte 2008 ein Buch mit dem Titel „Gründungszeit ohne Eidgenossen“. Seine Hauptthese: Die Innerschweizer hätten 1291 gar keine Eidgenos-

senschaft herbeiführen wollen. Von Freiheit, Widerstand und Gründung sei in der Urkunde nicht die Rede. Der regionale Adel habe mit dem Brief bloss seine eigene Herrschaft sichern

wollen. Das ist gut möglich. Es kann schon sein, dass diese Handvoll Leute damals gar nicht die Absicht hatte, ein Verteidigungsbündnis gegen Habsburg zu gründen. Dass sie gar nicht ahnen konnten, dass auf dieses kleine Stück Pergament die grossen Unabhängigkeitskriege von Morgarten und Sempach folgen sollten. Aber so ist es in der Politik. Nicht die Absichten zählen, sondern die Ergebnisse.

Wir leben in einem Land, das einzigartig ist. Weil wir ein politisches System haben, das einzigartig ist. Mit dem Bürger als Souverän. Mit den Volksrechten. Mit der direkten Demokratie. Damit klärt sich auch die Bedeutung des Bundesbriefes.

Nämlich rückwirkend. Das Ergebnis zählt. Wurden, wie die alten Schriften behaupten, nach 1291 die Burgen gestürmt und die Vögte vertrieben? Eher nicht, meint die Forschung. Gab es einen Wilhelm Tell? Den Rütlichwur? Die Geschichte mit dem Gessler? Das Ergebnis zählt. Im 14. und 15. Jahrhundert entwickelt sich die Eidgenossenschaft aus sich selbst heraus. Es entstehen Landsgemeinden, die alle Bewohner eines Gebietes umfassen und die sich ihren Landammann selber wählen. Urformen der Demokratie. Während in ganz Europa der Adel seine Stellung festigt und sich die Monarchien ausgestalten, verschwinden in der Schweiz die aristokratischen Strukturen weitgehend.

Von unten nach oben gewachsen

Der Bundesbrief ist Teil dieser Kettenreaktion, aus der schliesslich die Schweiz entsteht. Unser Land hat keine exakte Geburtsstunde. Die Schweiz ist gewachsen. Von unten nach oben, wie das Gras auf dem Rütli, dank den Kühen und dem Naturdünger, den sie hinterlassen. Der Bundesbrief steht dafür, dass wir im Kleinen Verantwortung übernehmen sollen. Dass wir selber für unsere Geschicke zuständig sind, wir keine fremden Richter und Herren dulden. Darin liegt die historische Grösse des Bundesbriefes und darin besteht sein heutiger Auftrag.

GOAL GLOSSAR

Kampagne

Wer einen Feldzug beginnen will, muss genau wissen, worauf er sich einlässt: Was ist mein Ziel? Was sind meine Stärken und Schwächen? Was macht mein Gegner? Was kann an «Unvorhersehbarem» passieren? Nur wer seine Hausaufgaben gemacht hat, wird erfolgreiche Kampagnen führen können! Wir helfen Ihnen dabei...

Kampagne
<lat.> campus (Feld, Feldzug)

Wir freuen uns auf Sie!
Alexander Segert, Geschäftsführer
8600 Dübendorf/ZH, Tel. 043 499 24 00
info@goal.ch, www.goal.ch

GOAL
AG für Werbung und Public Relations
Wir wollen Ihren Erfolg

6 Delegiertenversammlung

Die Zuwanderung in die Schweiz ist zu begrenzen

Mit der Einführung der Personenfreizügigkeit und der Öffnung der Grenzen hat die Schweiz die Kontrolle über die Zuwanderung aufgegeben. Es gibt kaum ein Land auf der Welt, in dem so viele Ausländer im Verhältnis zur einheimischen Bevölkerung leben wie in der Schweiz. Die Folgen auf Infrastrukturen, Mieten, Bodenpreise, Raumplanung, Energieverbrauch, Schulen, Gesundheitswesen und Sozialwerke sind gravierend. Die Schweiz muss die Zuwanderung dringend wieder steuern können.



Nationalrat Luzi Stamm, der „Vater“ der Zuwanderungsinitiative, bei seinem Votum.



Bundesrat Ueli Maurer stellt sich im Gespräch mit Journalisten hinter die Zuwanderungsinitiative.



Parteipräsident Toni Brunner mit dem SVP-Maskottchen Zottel auf der Bühne.



Die Delegiertenversammlung wurde von 600 Personen besucht.



Auf dem Podium herrschte Freude über den einstimmigen Entscheid der Delegierten, die Zuwanderungsinitiative zu lancieren.

In nur sechzig Jahren hat sich der Ausländeranteil in der Schweiz knapp vervierfacht. Und dies obwohl noch nie so viele Personen eingebürgert wurden. Betrug der Ausländeranteil 1950 noch 5,9%, stieg er bis 2010 explosionsartig auf über 22% an. Das Bundesamt für Statistik rechnet bis zum Jahr 2035 mit einem weiteren, massiven Bevölkerungswachstum. Bald schon könnten über 10 Millionen Menschen in der Schweiz leben. Mittlerweile bestreitet kaum mehr jemand, dass vor diesem Hintergrund Handlungsbedarf besteht. Die Folgen der übertriebenen Zuwanderung sind gravierend. Denn mehr Menschen in der Schweiz brauchen beispielsweise mehr Energie und

zusätzliche Infrastrukturen. Sie verursachen mehr Verkehr und brauchen zusätzlichen Wohnraum. In den Schulen entstehen massive Probleme wegen völlig unterschiedlicher Sprachen und Kulturen. Die Sozialwerke, allen voran die Arbeitslosenkasse, die Invalidenversicherung und die Sozialhilfe, werden zusätzlich belastet, respektive überlastet. Im Bereich der Sicherheit, im Speziellen bei der Kriminalität, haben wir heute schon Riesenprobleme. Fast 50% der Verbrechen werden durch zugewanderte Personen verübt, in den Gefängnissen sind gar über 70% Ausländer. Es fehlen seit der Einführung der Personenfreizügigkeit weitgehend die Instrumente zur Steu-

erung der Zuwanderung.

Für die SVP ist klar, dass die Handlungshoheit im Bereich der Migration zurückgewonnen werden muss. Die Zuwanderung ist zu begrenzen und muss durch die Schweiz selber gesteuert werden können. Darum wollen wir von der SVP dem Volk eine Begrenzungsinitiative vorlegen, welche uns die Steuerungsinstrumente zurückbringt!

Die Delegierten haben am 28. Mai in Einsiedeln (SZ) mit 420 Stimmen der Lancierung einer Initiative zur Begrenzung der Zuwanderung zugestimmt. Die Delegierten der SVP stützen den Kurs der Parteileitung somit geschlossen.

Eckpunkte einer Volksinitiative zur Begrenzung der Zuwanderung

Der Zentralvorstand beantragt der Delegiertenversammlung der SVP Schweiz die Lancierung einer Volksinitiative mit folgenden Eckpunkten:

- Die Einwanderung von Ausländerinnen und Ausländern muss wieder eigenständig steuerbar sein.
- Die Einwanderung muss durch jährliche Höchstzahlen und Kontingente für alle Bewilligungen des Ausländer- und Asylrechts begrenzt werden.
- Bei der Erteilung von Aufenthalts-, Niederlassungs- und Grenzgängerbewilligungen ist auf die gesamtwirtschaftlichen Interessen und den Bedarf nach Arbeitskräften Rücksicht zu nehmen. Dabei soll ein Inländervorrang gelten.
- Für die Erteilung von Aufenthalts- und Niederlassungsbewilligungen sind Kriterien zu definieren, insbesondere das Gesuch eines Arbeitgebers, die Integrationsfähigkeit und eine ausreichende, eigenständige Existenzgrundlage.
- Es besteht kein Anspruch auf dauerhaften Aufenthalt, Familiennachzug und Sozialleistungen.
- Es dürfen keine völkerrechtlichen Verträge abgeschlossen werden, die gegen diese Grundsätze verstossen.
- Internationale Verträge, die der neuen Verfassungsbestimmung widersprechen, sind anzupassen oder zu kündigen.

Die Parteileitung wird beauftragt, auf dieser Basis einen Initiativtext auszuarbeiten und zu verabschieden, damit möglichst rasch mit der Unterschriftensammlung begonnen werden kann.

8 Zuwanderung

Volksinitiative zur Begrenzung der Zuwanderung

Es ist unbestritten, dass die Wirtschaft genügend Arbeitskräfte braucht. Wichtig ist dabei, dass die Zuwanderung steuerbar bleibt. Die Schweiz hat die Ausländerpolitik aus der Hand gegeben. Es gibt kein Industrieland, das die Hoheit über die Zuwanderung abgegeben hat. Selbst klassische Einwanderungsländer wie die USA, Kanada oder Australien steuern die Zuwanderung eigenständig. In den letzten vier Jahren sind offiziell über 330'000 Personen mehr in die Schweiz ein- als ausgewandert.

Auszüge aus den Referaten von Nationalrätin Yvette Estermann an der Delegiertenversammlung vom 28. Mai 2011 und von Nationalrat Luzi Stamm an der Pressekonferenz vom 23. Mai 2011

Die ständige Wohnbevölkerung der Schweiz hat seit dem Jahr 1960 um 45% zugenommen. Der Ausländeranteil hat sich im gleichen Zeitraum von 9,6% auf rund 22% mehr als verdoppelt. Das häufigste Argument zugunsten der unkontrollierten Zuwanderung ist: Die Ausländer werden unsere AHV retten! Auf den ersten Blick sieht es auch so aus. Im Jahr 2009 wurden rund 26,7% der gesamten AHV-pflichtigen Einkommenssumme tatsächlich von Ausländern generiert. Gleichzeitig gehen aber nur etwa 16,5% der Renten an Ausländer. Was aber

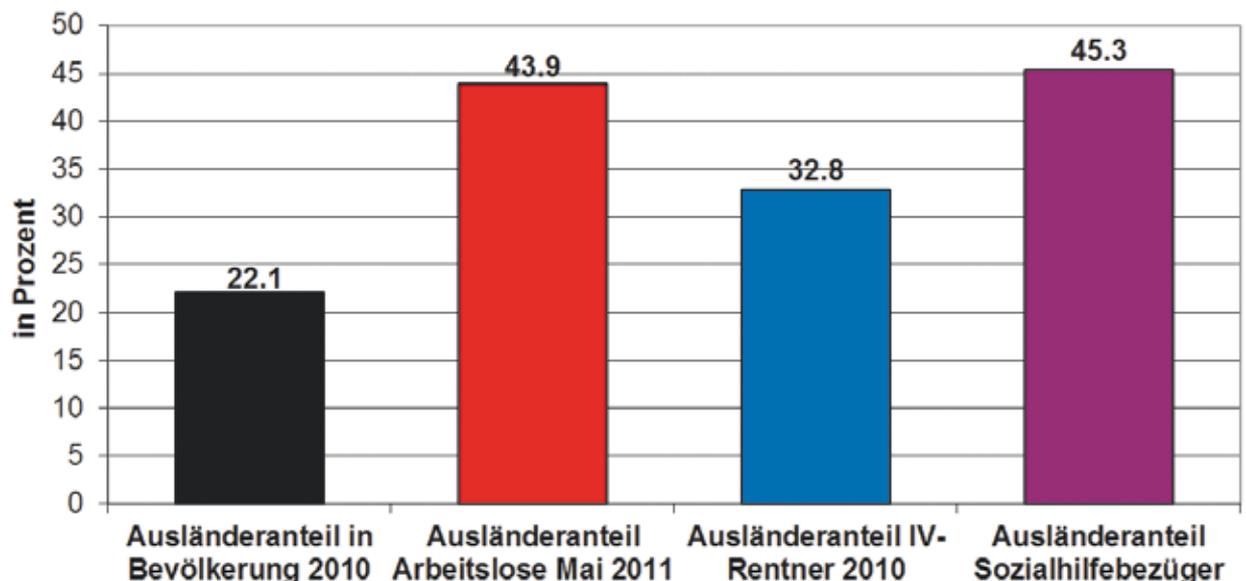
bei näherer Betrachtung auffällt: Die Statistiken schweigen darüber, dass alle Ausländer mit ihren heutigen Zahlungen künftige Leistungsansprüche generieren. Und der Administrations- und Kontrollaufwand steigt, da diese Renten oft ins Ausland gezahlt werden.

Bei der Invalidenversicherung (IV) hatte man es geschafft, dass bis Anfang der 90er Jahre nur kleine Defizite zu verzeichnen waren. Im Jahr 2000 machte das Defizit aber bereits 1,4 Milliarden Franken aus. Per Ende 2009 hatte die IV einen Schuldenberg von 14 Milliarden Franken angehäuft. Mit rund 35% ist der Anteil der Ausländer bei den IV-Rentnern deutlich höher als deren Anteil an der Gesamtbevölkerung von 22%. Zwei Ende 2009 im Auftrag des Bundesamtes für

(z.B. aus Deutschland, Grossbritannien, USA) treten hingegen klar unterdurchschnittlich als IV-Empfänger in Erscheinung.

Auch die Arbeitslosenversicherung gerät in den letzten Jahren wegen der unkontrollierten Zuwanderung ins Wanken. Sie macht Verluste in Milliardenhöhe und häufte bis Juli 2010 einen Schuldenberg von rund 7 Milliarden Franken an. Auch bei den Arbeitslosen ist der Ausländeranteil mit

Ausländeranteile bei den Schweizer Sozialwerken



Sozialversicherungen erstellte Studien belegen, dass insbesondere Personen aus der Türkei, aus Ex-Jugoslawien sowie Spanien, Italien und Portugal deutlich häufiger IV-Renten beziehen als Schweizer. Es sind diese Migranten-Gruppen, welche die Stabilität der IV gefährden. Die übrigen Ausländer

44,5% Ende April 2011 rund doppelt so hoch wie der Bevölkerungsanteil von 22%. Sobald ein EU-Bürger einen Tag in der Schweiz gearbeitet hat, hat er Anspruch auf die volle ALV-Leistung, sofern er zuvor mindestens ein Jahr in einem EU-Land Arbeitslosenbeiträge bezahlt hat. Er hat also

grundsätzlich bereits nach einem Tag Beitragszahlungen auf die gleichen ALV-Leistungen Anspruch, wie ein Schweizer nach 12 Monaten Beitragspflicht.

Auch die Krankenversicherung blieb von einem Kostenschub nicht verschont. Die Zahlen und Fakten aus anderen Sozialwerken lassen den Schluss zu, dass bei den Prämienverbilligungen ein überdurchschnittlich hoher Anteil an Ausländer fließt. Darüber hinaus werden immer mehr Patienten aus der EU in der Schweiz behandelt – und deren Rechnungen bleiben bisweilen jahrelang unbezahlt liegen. 183 Millionen Franken für offene Rechnungen wurden für das Jahr 2009 verzeichnet, dazu beliefen sich allein die Zinskosten auf etwa 4,1 Millionen Franken. So führt auch hier die Migration zu höheren Prämien und mehr Kosten für den Staat, insbesondere für die Kantone.

2009 lag die Sozialhilfequote bei Ausländern in der Schweiz bei 6,1% und damit dreimal so hoch wie bei Schweizern (2,0%) oder anders ausgedrückt: Von den 230'019 Sozialhilfeempfängern waren rund 45,3% Ausländer!

Als wenn die Situation nicht schon schwierig genug wäre, segnet das Parlament (gegen den Willen der SVP) Privilegien auch für illegal eingewanderte Ausländer ab. Die „Sans-Papiers“ haben nun ein Recht auf eine Berufslehre und bleiben zudem in der obligatorischen Krankenkasse! Bundesrat und Parlament wehren sich seit Jahren, diverse Einschränkungen in Sachen Zuwanderung von Seiten der SVP zu akzeptieren. Ebenso ist der Bundesrat nicht gewillt, die „negative Zuwanderung“ einzuschränken und die „positive Zuwanderung“ zu unterstützen.

Die Schweiz muss die Steuerung der Zuwanderung möglichst schnell wieder zurückgewinnen. Steuerungsmöglichkeit und Kontrolle heisst notwen-

digerweise Begrenzung. Die Schweiz muss die Möglichkeit zurück erhalten, Kontingente festzulegen. Genau das soll mit der geplanten Initiative gefordert werden. Die Initiative soll im Text beinhalten, dass die Schweiz jährlich Höchstzahlen für die Aufenthaltsbewilligungen bestimmt. Dabei ist sicherzustellen, dass es keine Umgehungsmöglichkeiten geben kann. Alle Ausländer-Kategorien müssen deshalb miteinbezogen werden. So darf es zum Beispiel nicht sein, dass Kontingente für die normalen Aufenthaltsbewilligungen via wiederholt ausgestellte Kurzaufenthaltsbewilligungen unterlaufen werden. Oder Höchstzahlen dürfen nicht via die „Asyl-Schiene“ oder via ausufernden Familiennachzug ausgehebelt werden. Auch die Grenzgängerbewilligungen müssen mit speziellen Kontingenten miteinbezogen werden.

Welches sind die Kriterien?

Sobald Höchstzahlen und Kontingente festgelegt werden, stellt sich selbstverständlich die Frage, nach welchen Kriterien diese aufzufüllen sind. Die Zuwanderungsinitiative der SVP kann diese Frage nicht im Detail regeln. In die Bundesverfassung gehört nur der Grundsatz, dass eine Einwanderung insbesondere dann möglich ist, wenn ein Stellenangebot aus der Schweiz vorliegt und wenn der Gesuchsteller gewisse persönliche Voraussetzungen erfüllt: Es sollen nur Leute einwandern und in der Schweiz bleiben dürfen, die sich auch wirklich integrieren (können und wollen). Sämtliche Details müssen bei der Annahme der Initiative via Gesetzgebung umgesetzt werden. Andere Länder zeigen, wie das geht und welche Systeme sich bewährt haben. Länder wie Kanada, Australien und

Neuseeland steuern die Einwanderung zum Beispiel durch ein modernes

Punktesystem: Für eine Aufenthaltsbewilligung wird das Erreichen einer Mindest-Punktzahl vorausgesetzt. Dabei werden Kriterien wie berufliche und schulische Qualifikationen, Berufsgattung, Berufserfahrung, noch zu erwartende Arbeitsdauer, absehbare finanzielle Selbstständigkeit, Herkunftsland, Beziehung zum Land,



Nationalrätin Yvette Estermann

Alter und Sprachkenntnisse bewertet. Mit einem solchen System kann die Einwanderung optimal gesteuert werden. Für die Wirtschaft wichtige Arbeitnehmer und Fachkräfte können flexibel aufgenommen werden. Wer hingegen das Sozialsystem missbraucht und die Integration verweigert, erreicht die notwendige Mindestzahl nicht und scheidet aus.

Tatsache ist, dass jede konkrete Begrenzung der Einwanderung im Widerspruch mit dem heutigen Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU steht. Denn so lange alle EU-Bürger – weit mehr als 500 Mio. Menschen – einen Rechtsanspruch besitzen, unter den im Abkommen definierten Bedingungen in die Schweiz zu kommen, sind keine Höchstzahlen und Kontingente möglich.

Eine Annahme der Initiative würde zwingend bedeuten, dass mit der EU Neuverhandlungen über den freien Personenverkehr geführt werden müssen. Doch die Initiative ist nicht das Ende des „bilateralen Wegs“. Im schlimmsten Fall müssen einige der Bilateralen Verträge angepasst werden. Das ist jedoch ein viel kleineres Problem als die negativen Folgen einer ungebremsten Zuwanderung.

10 Sessionsrückblick

Energiepolitik: Planloser Ausstieg aus der Kernenergie



Entgegen dem gesunden Menschenverstand und alleine auf dem Prinzip Hoffnung beruhend, hat der Nationalrat mit einer Zweidrittelsmehrheit gegen den Willen der SVP den Ausstieg aus der Kernenergie beschlossen. Demnach sollen künftig keine neuen Kernkraftwerke gebaut werden, die bestehenden jedoch bis zum Ende ihrer Betriebsdauer am Netz bleiben.

Die SVP hat seit Beginn der Debatte vor Hysterie und voreiligen Beschlüssen gewarnt. Ein Entscheid über einen Ausstieg aus der Kernenergie kann nur aufgrund verlässlicher, realistischer Zahlen und mittels konkreter Projekte und Massnahmen erfolgen. Diese sind bis anhin ebenso wenig vorhanden, wie eine klare Strategie seitens des zuständigen Departementes UVEK.

Mit einem solchen verantwortungslosen, unüberlegten Entscheid, der jährlich Kosten im Umfang von mehreren Milliarden Franken verursachen wird, gefährden die anderen Parteien leichtsinnig den Wirtschaftsstandort Schweiz, unsere Arbeitsplätze sowie die Versorgungssicherheit. Mehr Abgaben und Gebühren, zusätzliche Verbote und Subventionen sowie eine starke Abhängigkeit vom Ausland im Energiebereich werden die Folge sein.

Einziges Lichtblick der Debatte war die Annahme der Motion von Hans Rutschmann (SVP/ZH) zur Aufhebung des Verbandsbeschwerderechts bei Energieprojekten. Es bleibt nun abzuwarten, ob der Ständerat die Motion ebenso überweisen wird. Damit würden die Ausstiegsbefürworter endlich gezwungen, den Tatbeweis anzutreten und ihre sinnlosen Verzögerungstaktiken und Widerstände beim Ausbau der erneuerbaren Energien aufzugeben.

EU-Debatte

Sowohl der Nationalrat, wie auch der Ständerat haben eine von der SVP einberufene Debatte zur „Europapolitik und den Bilateralen III“ durchgeführt. Dabei wurde der von der SVP Fraktion in einer Motion geforderte Rückzug des EU-Beitrittsantrags von beiden Räten und allen anderen Parteien klar abgelehnt. Nur der SVP scheint es demnach mit einer Absage an den EU-Beitritt ernst zu sein.

Auch die von Erich von Siebenthal geforderte Abschaffung des Cassis-de-Dijon-Prinzips wurde abgelehnt. Ebenfalls abgelehnt wurden die beiden Motionen der SVP, welche Neuverhandlungen von Schengen zur Rückgewinnung der Souveränität bei der Visumerteilung und zur Wiedereinführung der Grenzkontrollen forderten.

Angenommen wurde hingegen mit 101:73 Stimmen eine Motion von Rudolf Joder zum Abbruch der Verhandlungen über das Agrarfreihandelsabkommen mit der EU.

Auch ein Postulat von Hans Fehr über die Konsequenzen des Schengen-Anpassungszwangs hat im Nationalrat eine Mehrheit gefunden.



Für Armee, aber auch für Swisscoy



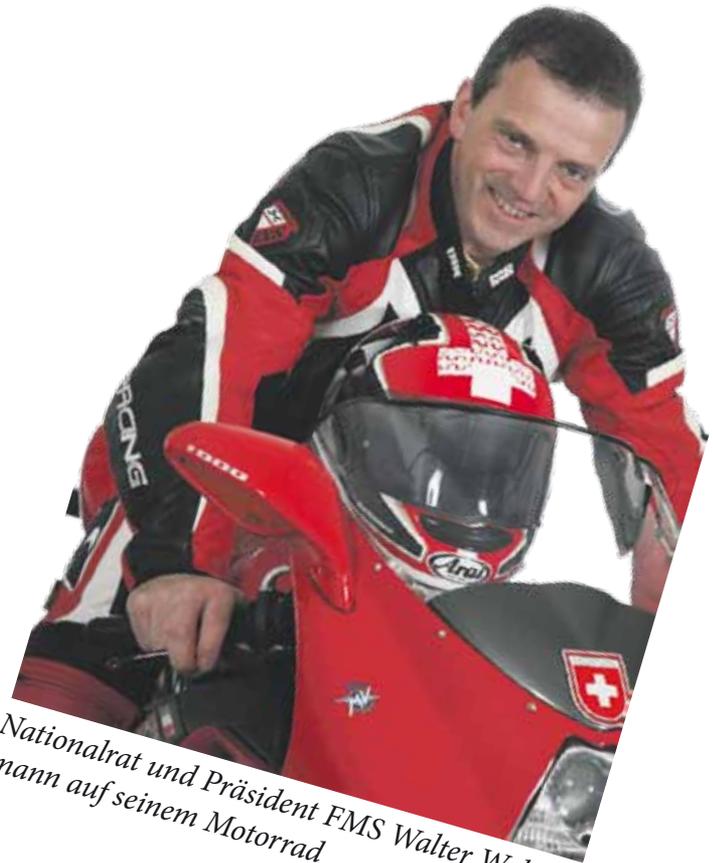
Der Ständerat will den Kauf von 22 neuen Kampffjets beschleunigen und fordert mit Unterstützung der SVP eine grössere und finanziell besser ausgestattete Armee, als der Bundesrat vorgeschlagen hat. Gemäss seinen Beschlüssen soll sie künftig 100'000 Mann stark sein. Wieviel die Armee kosten darf, legt der Rat nicht genau fest. Während der Bundesrat die Kosten auf 4,4 Milliarden Franken begrenzen will, dürften gemäss dem Modell Ständerat Kosten um die 5 Milliarden Franken resultieren.

Der Nationalrat hat im Sinne der SVP das Rüstungsprogramm im Umfang von 430 Millionen Franken als Erstrat gutgeheissen.

Jedoch haben beide Räte gegen den Willen der SVP einer Verlängerung des Swisscoy-Einsatzes bis vorerst Ende 2014 zugestimmt. Die Räte gaben zudem sogar grünes Licht für eine Aufstockung der Truppe im Kosovo. Der Bundesrat kann den Maximalbestand der Einheit nun für maximal ein Jahr um 80 auf total 300 Personen aufstocken. Die SVP bekämpfte die Vorlage erfolglos.



Auf zur ersten Motorrad-Landsgemeinde



Nationalrat und Präsident FMS Walter Wobmann auf seinem Motorrad

Samstag, 17. September 2011

**Parkplatz beim Restaurant Raten,
Oberägeri/ZG**

**Eintreffen zwischen: 10.30 und 11.30 Uhr
Landsgemeinde: 12.00 bis 13.30 Uhr**

**Ansprachen von Christoph Blocher
und Walter Wobmann**

Verschiebedatum bei Schlechtwetter: Samstag, 24.9.2011

(Auskunft über Durchführung am Vorabend ab 20.00 Uhr über Tel. 1600, Rubrik: öffentliche Veranstaltungen, ganze Schweiz, Titel: Motorrad-Landsgemeinde)

Fahren Sie in Formationen nach Oberägeri - setzen wir gemeinsam ein Zeichen für die Freiheit in unserem Land!



www.motorrad-landsgemeinde.ch



Anmeldetalon

Vorname: Name:

Strasse:

PLZ: Ort:

Mail:

Ich komme mit einer Gruppe / Anzahl Personen:

Mail an gs@svp.ch oder Talon einsenden an Generalsekretariat SVP Schweiz, Postfach 8252, 3001 Bern. Auskünfte werden Ihnen erteilt unter 031/300'58'58.

12 Dunkelkammer Ständerat

Ständerat will keinen Rückzug des EU-Beitrittsgesuchs

Die wiederholte Forderung meines Ständerats-Kollegen Maximilian Reimann, das seit 1992 in Brüssel deponierte EU-Beitrittsgesuch der Schweiz nun endlich zurückzuziehen, findet im Ständerat nach wie vor kein Gehör. Seine Motion wurde fast ausschliesslich von der SVP unterstützt. Die kleine Kammer verpasst es damit, der EU reinen Wein einzuschenken, und den Volkswillen der schweizerischen Stimmbürger endlich angemessen zu respektieren und umzusetzen.



von Ständerat Alex Kuprecht,
Pfäffikon (SZ)

Offenbar werden diverse Parlamentarier immer gleichgültiger gegenüber dem an der Urne geäusserten Volkswillen. Anders ist kaum zu erklären, weshalb die grosse Mehrheit des Ständerats erneut die Möglichkeit ausliess, dem vom Volkssouverän mehrmals geäusserten Begehren Rechnung zu tragen und als Konsequenz davon das eingefrorene EU-Beitrittsgesuch definitiv zurückzurufen.

Seit dem Nein zum EWR im Jahre 1992 hat sich die Schweizer Bevölkerung mehrfach für den bilateralen Weg ausgesprochen, und dieser Weg soll aus Sicht des Schweizervolks auch das Ziel sein. Die Wirtschaft betont desgleichen, dass ein EU-Beitritt



der Schweiz für sie ausser Frage stehe. Der Bundesrat beteuert zwar ebenfalls, die Frage nach einem EU-Beitritt stelle sich momentan nicht. Welches allerdings die mittel- oder langfristigen Ziele sind, lässt sich aufgrund der bundesrätlichen Annäherungspolitik erahnen.

So liess sich im Ständerat trotz allerlei Bekenntnissen dennoch keine

die SVP ihre Position – auch im Ständerat – weiter zu stärken, so dass es in einer der nächsten Sessionen möglich sein wird, diesen Schritt ohne Unterstützung anderer Parteien zu bewerkstelligen, oder, auch denkbar, die SVP wird versuchen, das Anliegen dem Volk in einer Abstimmung zu unterbreiten. Sollte es zu einer Volksabstimmung zu dieser Frage kommen, so

bin ich zuversichtlich, dass sich die Schweizer Stimmbürger klar und deutlich für den überfälligen Rückzug des pendenten EU-Beitrittsgesuchs aussprechen werden.

Unsere Unabhängigkeit, die bewaffnete Neutralität, der Föderalismus auf allen Ebenen sowie die direkte Demokratie sind schlichtweg nicht EU-kompatibel, und weil die Mehrheit der Schweizer Bevölkerung diese wertvollen Errun-

genenschaften nicht leichtfertig preisgeben will, steht ein EU-Beitritt ausser Frage, zumindest für das Schweizer Stimmvolk.

Der Ständerat, und damit in erster Linie jene Parteien, welche die grosse Mehrheit innerhalb des Rates innehaben, also die CVP (16 Sitze) und die FDP (12 Sitze) mit ihren 28 Sitzen haben es jedoch einmal mehr unterlassen, den Begehren der Stimmbürger zu entsprechen.



Mehrheit für die Motion von Maximilian Reimann finden, welche den sofortigen Rückzug des seit 1992 in Brüssel deponierten EU-Beitrittsgesuchs forderte. Unterstützung für sein berechtigtes Anliegen erhielt Reimann praktisch einzig aus den Reihen der SVP.

Es stellt sich unweigerlich die Frage, wie in dieser Angelegenheit fortzufahren ist. Aus Sicht der SVP kommen grundsätzlich zwei mögliche Varianten in Frage. Entweder vermag

Die SVP-Fraktion zu Gast im Turtmantal

Der traditionelle Fraktionsausflug führte die SVP-Fraktion dieses Jahr ins Wallis, genauer ins Turtmantal. Dieses liegt 1850 Meter über Meer. Die SVP-Familie wohnte bei guter und fröhlicher Stimmung Ringkuhkämpfen bei. Diese sollten sie auf die kommenden Wahlen einstimmen und sie zu Kampfgeist anspornen. Anschliessend, beim gemütlichen Teil, genoss die SVP-Fraktion mit ihren Gästen Walliser Raclette und Grilladen. Der diesjährige Ausflug war wie gewohnt ein voller Erfolg!



Christoph Blocher ist begeistert von der Tradition der Ringkuhkämpfe.



Franz Ruppen, Präsident der SVP Oberwallis, half im Organisationskomitee des Fraktionsausflugs an vorderster Front mit.



Nationalrat Hans Fehr und Bundesrat Ueli Maurer (von links) posieren mit Gästen.



Lukas Jäger, Burgerpräsident der Burgerschaft Turtmann und Eringerzüchter wirkte bei der Organisation des Fraktionsausflugs tatkräftig mit.

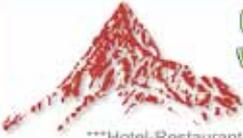


Zwei Kühe während eines Kampfes.



Fraktionspräsident Caspar Baader begrüsst die Anwesenden im Turtmantal.

14 Inserate



SVP-HIT

1 Gutschein pro Zimmer / egal wieviel Nächtel

***Hotel-Restaurant
Alpenblick
Fieschertal

- Übernachtung im Standard DZ
- mit Frühstücksbüffet
- Benützung von Hallenbad, Sauna, Aromadampfbad und Tiefgarage

Fr. 60.-
Fr. 50.- (Nebensaison)

Jetzt buchen, Skivergnügen in der **ALETSCHARENA**
Waldischwil

Familie Holzer Fabian - 3984 Fieschertal - Tel. 0279701660 - Fax 0279701665
www.hotelalpenblick.ch - info@hotelalpenblick.ch

EINMALIG IN ZERMATT

365 Tage offen!
24 Stunde Sicherheit

- 2 Schwimmbäder (1 Salzwasser, 33°C & 1 Süßwasser 30°C)
- 2 Aussen Tennisplätze
- 2 Saunas und 2 Dampfbäder
- Parkplatz in Täsch / Alpenhotel
- Abholdienst bei An- und Abreise (Bahnhof – Hotel – Bahnhof / von 7.00 bis 21.00 Uhr)
- GÜNSTIGE TARIFE
- in allen Zimmern:
 - WiFi
 - Wasserkocher

Alpen resort Hotel
Tel: +41 27 966 30 00
e-mail: info@alpenresort.com
www.alpenresort.com

Alpen resort hotel Zermatt
Best Western

ALL THIS FREE FOR YOU



SIROX

Wasser • Wärme • Gesundheit

Seit Jahren bekannt für physikalisch induktive
Kalk- und Rostschutztechnik

Sirox Cleantech GmbH Tel. 056 427 20 14
www.wassertrinker.ch info@sirox.ch

MONATS-HIT

Canon Digital Ixus 120 IS

Nur 239.- CHF
(inkl. Zubehör)




auch in blau oder schwarz erhältlich.




fotovideoplus.ch ebikon Tel. 041 442 06 16

Impressum

Auflage: 60 000 Exemplare
Herausgeberin: Stiftung SVP-Patezeitung
Erscheinungsweise: 12x/Jahr
Mitarbeiter: Michèle Berger, Kevin Grangier
Adresse: SVP-Klartext, Postfach 8252
3001 Bern - klartext@svp.ch
Druck: Zofinger Tagblatt AG, Henzmannstrasse 20
4800 Zofingen - www.ztonline.ch
Abonnement: Fr. 35.- jährlich für Nicht-Parteimitglieder
Gratis für Parteimitglieder - klartext@svp.ch
Inserate: Michèle Berger - klartext@svp.ch
Bilder: Peter Schaub - mail@peter-schaub.ch

Dataform AG Formulare Druckerei

Wir drucken für Sie:

ESR-Formulare

Formulare mit Karten

Zürcherstrasse 36 8604 Volketswil
Tel. 044 947 50 20 info@dataform.ch



Fit bis 100+

Muskeln sind die Motoren des Lebens

Innoplate by SALUSSTAR®

Therapie- und Trainingsplatte BISA® Vibrationstraining 3 D

Die Innoplate eignet sich vorzüglich für einen gezielten Muskelaufbau. Koordination und Balancevermögen werden gefördert. Kraft, Ausdauer und Beweglichkeit verbessern sich signifikant. Kurze Trainingseinheiten von 5 - 15 Minuten bringen ungeahnte Verbesserungen. Sanfte und trotzdem, sehr effiziente Schwingungen vermitteln eine exklusive Lebensqualität und Lebensfreude pur.

Wenig Aufwand, große Wirkung



Sonderpreis für Leser:
statt Fr. 9'890.-
nur Fr. 8'990.- inkl. MWSt.
inkl. Gratislieferung im Wert von Fr. 300.-

- Anwendereinschulung vor Ort
- Trainingsprogramm mit 44 Grundübungen
- Praxisseminare in Zürich
- Fr. 250.- Person/Tag

Zahlreiche begeisterte Anwender nutzen das Gerät im Privat- und Firmenbereich und betreiben damit aktive Gesundheitsvorsorge. Wir beraten Sie gerne: Pro Care Innomed GmbH - 5462 Siglistorf - Tel.: 056 243 15 74 - procareinno@bluewin.ch - www.procare.ch

MPG-zertifiziert
Spitzenqualität CH/A
10 Jahre wartungsfrei

SVP-Familienfest

auf dem Bundesplatz

am **Samstag, 10. September 2011** in Bern

Wir laden alle Mitglieder und Sympathisanten der „SVP-Familie“ inklusive ihren Kindern und Grosskindern zu einem Fest mit viel Folklore auf dem Bundesplatz ein und freuen uns auf eine schöne und würdige Veranstaltung. Wir wollen gemeinsam für eine eigenständige Schweiz mit freien Bürgerinnen und Bürgern eintreten, die in unserer direkten Demokratie das letzte Wort haben.

Programmablauf:

ab 13.00 Uhr	Besammlung auf dem Bundesplatz
14.30 Uhr	Beginn politischer Teil mit Bundesrat Ueli Maurer und a. Bundesrat Christoph Blocher
15.40 Uhr	Gemütlicher Ausklang mit Musik, Essen und Trinken Spiel und Spass für Kinder
17.00 Uhr	Ende der Veranstaltung

Schweizer wählen SVP

SVP Schweiz, www.svp.ch, info@svp.ch, Tel: 031 300 58 58, PC-Konto: 30-8828-5



Bestellen Sie die Flyer mit der Wegbeschreibung und der Anfahrt unter gs@svp.ch oder unter 031/300'58'58.

Zuwanderung ja, aber begrenzt

am **Freitag, 24. Juni** Zunfthaus zum Kämbel,
Limmatquai 52, 8001 Zürich

Liebe interessierte Ausländerinnen und Ausländer und Eingebürgerte in der Schweiz

Es gibt in der Schweiz viele tadellos integrierte Ausländerinnen und Ausländer und eingebürgerte Personen, die für unser Land eintreten und sich im Alltag für eine freie, unabhängige und sichere Schweiz einsetzen. Die Gruppe Neue Heimat Schweiz will den Austausch mit jenen Ausländern oder Eingebürgerten verstärken und ihnen auch eine Plattform geben. Hauptreferent Roger Köppel (Chefredaktor Weltwoche) wie auch ausgewählte Sympathisanten der Neuen Heimat Schweiz werden Themen wie die Integration in die neue Heimat, die EU und die Personenfreizügigkeit ansprechen.

Programmablauf:

ab 18.45 Uhr	Apéro mit Nationalrätin Yvette Estermann, Nationalrat Toni Brunner und den Referenten
19.50 Uhr	Referat Isabel Mühlstädt, Geschäftsführerin M&F Trading GmbH
20.00 Uhr	Referat Theodor Prümm, Unternehmer
20.10 Uhr	Referat Ranjit Basu Mazumder, ehemals Ingenieur ABB, heute Unternehmensberater
20.20 Uhr	Referat Roger Köppel, Verleger und Chefredaktor Weltwoche
20.45 Uhr	Diskussion
ca. 21.15 Uhr	Ende der Veranstaltung

Bitte bis spätestens 22. Juni Anmeldung unter gs@svp.ch oder unter 031/300'58'58



Roger Köppel

Neue Heimat Schweiz

Neue Heimat Schweiz, www.neue-heimat.ch, info@neue-heimat.ch, Tel: 041/310'90'90



Attraktive
Leasing-Angebote
Multilease
www.multilease.ch

MultiAssurance
www.multiassur.ch

Mehr Auto fürs Geld
www.kia.ch

DIE KIA SONDERMODELLE ..seven

MIT 7 JAHREN GARANTIE!



Die erfolgreichen „Seven“:
Ab sofort bietet Kia die limitierte
Sonderserie „seven“ mit einem
Mehrwert von bis zu CHF 5'200.-
für nur CHF 1'787.- inkl.
7 Jahre Garantie!

Mehr erfahren Sie
bei Ihrem Kia Partner
oder auf www.kia.ch



PICANTO_SEVEN
1.0 L 12V MAN, 62 PS
CHF **16'777.-**



RIO_SEVEN
1.4 L 16V MAN, 97 PS
CHF **19'777.-**



VENGA_SEVEN
1.4 L CVVT MAN, 90 PS
CHF **22'777.-**



CEE'D_SEVEN S-DOOR
1.4 L CVVT MAN, 90 PS
CHF **22'777.-**



CEE'D_SEVEN_SW 1.4 L CVVT MAN, 90 PS CHF **23'777.-**

Picanto_seven
1.0 L 12V 62 PS CHF 16'777.-
mit 5-Gang-Schaltgetriebe
1.1 L 12V 65 PS CHF 18'777.-
mit 4-Stufen-Automatik
**Mehrausstattung von bis zu
CHF 3'368.- für nur CHF 227.-!**

Rio_seven
1.4 L 16V 97 PS CHF 19'777.-
mit 5-Gang-Schaltgetriebe
1.6 L CVVT 112 PS CHF 22'777.-
mit 4-Stufen-Automatik
**Mehrausstattung von bis zu
CHF 3'788.- für nur CHF 527.-!**

Venga_seven
1.4 L CVVT 90 PS CHF 22'777.-
1.6 L CVVT 125 PS CHF 23'777.-
auch mit 4-Stufen-Automatik
1.6 L CRDI 128 PS CHF 26'777.-
**Mehrausstattung von bis zu
CHF 5'200.- für nur CHF 1'787.-!**

**cee'd_seven S-DOOR
& cee'd_seven_sw**
cee'd_seven S-door
1.4 L CVVT 90 PS CHF 22'777.-
1.6 L CVVT 125 PS CHF 23'777.-
1.6 L CRDI 115 PS CHF 26'777.-
cee'd_seven_sw
1.4 L CVVT 90 PS CHF 23'777.-
1.6 L CVVT 125 PS CHF 24'777.-
1.6 L CRDI 115 PS CHF 27'777.-
alle 1.6 L-Modelle auch mit Automat
**Mehrausstattung von bis zu
CHF 5'130.- für nur CHF 1'787.-!**



Verbrauch gemäss 0100 km/lt (beruht auf den Normwerten) (l/100km) - Durchschnittlicher Verbrauch (l/100km)
Seven-Modelle: Picanto 1.0 L 48 (A, 114), 1.1 L aut, 6.0 (C, 143) Rio 1.4 L 5.3 (B, 123), 1.6 L aut, 6.9 (D, 164)
Venga 1.4 L 5.9 (B, 136), 1.6 L man./aut, 6.2 (C, 144/155), 1.6 L CRDI 4.5 (A, 119)
cee'd S-door 1.4 L 5.5 (A, 122), 1.6 L man./aut, 6.0 (B, 141/152), 1.6 L CRDI man./aut, 4.5 (A, 112/150)
cee'd_sw 1.4 L 5.7 (A, 135), 1.6 L man./aut, 6.2 (B, 143/154), 1.6 L CRDI man./aut, 4.6 (A, 114/154)
7 Jahre Werkgarantie. Preisausgaben einschließlich MwSt.

KIA Motors AG
5745 Safenwil
062 788 88 99